|  |  |
| --- | --- |
| 🌍 | Elfenbeinküste: 20,1 Mio. Einwohner auf 322.462 km² Fläche, BSP/Einw. 1220 $ (2012), Bevölkerung: über 60 Ethnien, 74% Ivorer, 15% Burkiner, 5% Malier, 6% Guineer, 40% Muslime, 30% Christen (v.a. Katholiken), 30% indigene Religionen; unabhängig seit 1960.  Die Republik Elfenbeinküste hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert. |

|  |  |
| --- | --- |
|  | Hamburg, 01.04.2025  Briefaktion 07/25 **–**  **Elfenbeinküste**:  *Gefangene in missbräuchlicher Untersuchungshaft* |

|  |  |
| --- | --- |
|  |  |
| 🛈 | Mit der diesjährigen Karfreitagskampagne lenken **ACAT-Schweiz** und **ACAT-Elfenbeinküste** den Blick auf Gefangene in der westafrikanischen Elfenbeinküste.  Die missbräuchliche Untersuchungshaft in der Elfenbeinküstesteht exemplarisch für diese Problematik in Afrika. Gegenwärtig warten in dem westafrikanischen Land ca. 40% der Häftlinge auf ihr Urteil.Das führt zu einer starken Überbelegung der Gefängnisse und einem nachweislichen Risiko für Folter und Misshandlung.  Im Jahr 2014 haben ACAT-Elfenbeinküste und die FIACAT ein Programm zur Bekämpfung dieses strukturellen Problems initiiert. ACAT und ihre Partner haben in zehn Gefängnissen zahlreiche Fälle von missbräuchlicher Untersuchungshaft identifiziert. Dank Schulungen und Sensibilisierungsaktionen sind sich die Behörden der  Problematik bewusst geworden. Gleichwohl schränken sie aktuell den Zugang der Zivilgesellschaft zu den Gefängnissen zunehmend ein. Demnächst soll dem Parlament die Regierungsverordnung Nr. 2024-368 vorgelegt werden. Diese droht den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft noch weiter zu begrenzen. Die Inspektion von Einrichtungen des Freiheitsentzugs fällt derzeit in die Zuständigkeit des Nationalen Menschenrechtsrats des Landes, der in seiner Rolle mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte vergleichbar ist.  Die Situation hätte sich verbessern sollen, nachdem die Elfenbeinküste 2023 das Zusatzprotokoll zur UNO-Konvention gegen Folter (OPCAT) ratifiziert hat. Damit hat sich das Land verpflichtet, einen nationalen Präventionsmechanismus einzurichten, der die Haftorte besucht. Doch die Umsetzung lässt auf sich warten.  Die Situation wurde in der vierten Runde der UPR (Allgemeines Periodisches Überprüfungsverfahren  durch den UNO-Menschenrechtsrat) der Elfenbeinküste im November 2024 angesprochen. Sie werfen wichtige Fragen zum Verbot der Folter sowie zur Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit auf, nämlich im Zusammenhang mit der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker (CADHP), dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenchte (AEMR).  Untersuchungshaft ist missbräuchlich, wenn ein Justizsystem diese Regeln verletzt.Das ist zum Beispiel der Fall, wenn es die gesetzlichen Fristen nicht einhält, oder wenn die Haft länger dauert als die Strafe, die die verdächtige Person vom Gericht erhalten kann. Es kann auch sein, dass jemand ohne gesetzliche Grundlage in Untersuchungshaft kommt, oder dass sie von einer Behörde angeordnet wird, die gar nicht dafür zuständig ist.  Wenn viele Menschen missbräuchlich in Untersuchungshaft sind, bedeutet dies in der Regel, dass die Strafjustiz die Dossiers dieser Verdächtigen nur langsam oder gar nicht behandelt. Oft fehlt es an Ressourcen, Kompetenzen und Kontrollen. In jedem Fall führt die Trägheit oder Inaktivität der Strafjustiz dazu, dass die Gefängnisse überfüllt sind, was wiederum schlechte Haftbedingungen bedeutet.Deshalb betrachten viele internationale Gremien die Überbelegung von Gefängnissen als eine Verletzung des absoluten Verbots von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe. |
|  |  |
| **🖃** | Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Minister für Justiz und Menschenrechte der Republik Elfenbeinküste und senden Sie diesen an die **ACAT-Schweiz**. Diese wird die Unterschriften mit Übersetzung an die Behörden der Elfenbeinküste weiterleiten. Eine Kopie an die Botschaft entfällt, sodass **nur ein Exemplar** beiliegt. Der Wortlaut des Briefes sollte unverändert bleiben. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (**Porto, Luftpost, in die Schweiz 1,25 EUR**).  Bearbeitung bitte spätestens bis zum 28.04.2025. |

**Ausführlichere Infos unter www.acat.ch**